

Junge Menschen haben immer mehr Gläubiger



Das Team der Schuldnerberatung setzte 2023 auf Prävention: Dorothee Esser, Stefanie Richter, Britta Lings, Daniela Erne und Christel Ehrhardt (von links). Foto: Lisa-Sophie Klein

LISA-SOPHIE KLEIN

Die Schuldnerberatung Düren warnt vor Mikrokrediten und freut sich auf die Umsetzung eines neuen EU-Gesetzes.

DÜREN Am besten gar nicht erst in die Miesen geraten – dabei möchte die Schuldnerberatung Kreis Düren ihren Klientinnen und Klienten helfen. 2023 setzten die Berater den Fokus daher auf Prävention durch finanzielle Bildung. Damit greift das Team einen besorgniserregenden Trend auf: Jugendliche fühlen sich nicht gut vorbereitet auf die Finanzwelt. Bei der Übergabe ihres Jahresberichts gibt die Schuldnerberatung einen Einblick in ihre Maßnahmen.

Gerade bei 20- bis 29-Jährigen sieht Stefanie Richter, Insolvenzberaterin in Jülich, einen Hang zur Mehrfachverschuldung mit sogenannten Mikrokrediten. Als solche bezeichnet man Kredite unter 200 Euro. „Gerade bei jungen Menschen sehen wir eine Entwicklung hin zu immer mehr Gläubigern“, schildert sie aus dem Beratungsalltag.

Ein Klick beim Onlineshopping geht schnell, kann aber einen langen Rattenschwanz hinter sich her ziehen. Je größer die Zahl der Gläubiger, desto schwieriger für die

Schuldner, sich einen Überblick zu verschaffen. Auch für die Beraterinnen werde dies zur Herausforderung, schildert Richter. Das Problem habe sich durch den Anstieg des Verzugszinssatzes im Juli 2023 noch verschärft. „Je später die Firmen sich melden, desto mehr verdienen sie“, kritisiert die Beraterin.

Eine Stellschraube für dieses Problem sieht das Team der Schuldnerberatung in der Jugendarbeit. Bislang sei die finanzielle Bildung vernachlässigt worden, betont Britta Lings, Insolvenzberaterin in Düren. „Wir hören von vielen Jugendlichen: ‚Den Umgang mit Geld hab ich nie gelernt.‘“ Das Thema müsse in der Schule mehr zur Sprache kommen, fordert Lings, warnt aber davor, nur die Lehrer in die Pflicht zu nehmen. „Finanzielle Bildung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die schon in der Vorschule beginnen sollte“, betont sie.

Eine, der sich die Schuldnerberatung im vergangenen Jahr mit mehreren Angeboten widmete. Zum Beispiel in Familienzentren im Dürener Nordkreis werden Vorschulkinder spielerisch an das Thema Geld herangeführt. Mithilfe von Rollenspielen soll die Entwicklung vom Tauschhandel bis zum bargeldlosen Zahlen greifbarer werden. Besonders beliebt sei die Rolle des Kioskbesitzers, sagt Lings.

Bei Projekttagen für die siebte bis elfte Klasse am Jülicher Gymnasium Haus Overbach schlüpften die Schüler in verschiedene Rollen und erstellten Finanzpläne für verschiedene Einkommensklassen. Die alleinerziehende Mutter, der Auszubildende – die Lebenssituation sollte im Finanzplan berücksichtigt werden. Kann ich mir ein Auto leisten? Und wenn ja, bleibt mir dann noch genug für den jährlichen Urlaub? Alles geht nicht, und das ist auch normal, war eine der Botschaften, die die Jugendlichen verinnerlichen konnten. „Gerade als Heranwachsender hat man ja oft das Gefühl, mithalten zu müssen“, versetzt sich Landrat Wolfgang Spelthahn (CDU), der die Berichtsübergabe besuchte, sich in die Jugendlichen hinein.

Grundlegend für die Orientierung in der Finanzwelt sei die Literalität, betont Sozialpädagogin Dorothee Esser. Die Fähigkeit, zwischen den Zeilen zu lesen sei unabdingbar für wirtschaftliche Teilhabe, betont sie. Nur wer dazu in der Lage sei, könne sich beispielsweise von Werbetexten für Kredite oder Produkte distanzieren. „Es macht mir Angst, dass Jugendliche konstant mit Werbung konfrontiert werden, ohne den Subtext zu verstehen“, betont sie.

Dass Inflation, Nachwehen der Pandemie und weitere Krisen nicht spurlos an den Menschen im Kreis vorübergehen, zeigt die um 22 Prozent gestiegene Nachfrage des Schutzes vor Kontopfändungen bei der Schuldnerberatungsstelle im Vergleich zu 2022. Auch aus der älteren Bevölkerung erhält die Schuldnerberatung stetig mehr Zulauf.

Als Lichtblick sieht Stefanie Richter die neue Verbraucherkreditrichtlinie der EU. Mitgliedsstaaten müssen laut des Bundesministeriums für Verbraucherschutz zukünftig „sicherstellen, dass für Verbraucherinnen und Verbraucher (...) unabhängige Schuldnerberatungsdienste zu begrenzten Gebühren zur Verfügung stehen.“ Außerdem sollen die Schutzregeln für Kreditnehmer künftig auch für Kleinkredite unter 200 Euro gelten. Die sogenannten „Buy now – pay later“-Produkte seien oft Mitverursacher von Überschuldung, betonte die Beratungsstelle.